

Christoph Strässer
Münsters Bundestagsabgeordneter

2008
Münster | Berlin

2009: Strässer kandidiert wieder für Münster

Christoph Strässer will den Wahlkreis Münster bei der Bundestagswahl am 26. September 2009 zum dritten Mal direkt gewinnen. Die SPD Münster nominierte Strässer mit 96% der Stimmen.

„Als Du den Wahlkreis 2002 zum ersten Mal überhaupt für die Sozialdemokratie direkt gewonnen hast, war es für viele, vor allem bei der CDU, eine Überraschung. 2005 hast Du Deinen Erfolg wiederholt, die Stimmung bei der CDU wurde immer schlechter. 2009 finde ich, solltest Du eine Tradition begründen: Die SPD gewinnt in Münster den Wahlkreis zum dritten Mal in Folge direkt!“ So stellte Svenja Schulze, die SPD-Vorsitzende in Münster den über 180 zur Mitgliederversammlung erschienenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den Anwärter für die Nominierung als SPD-Kandidaten zur Bundestagswahl 2009 vor. Die Vorstellung des Kandidaten durfte kurz ausfallen, ist doch Christoph Strässer nach 14jähriger Amtszeit als Unterbezirksvorsitzender und zweimaliger Gewinner des Wahlkreises Münster nicht nur in der SPD,

sondern in der ganzen Stadt bekannt. Dass Strässer seine Rede, mit der er sich erneut um die Stimmen der Mitglieder für eine Nominierung bewarb, nicht wie eine Pflichtaufgabe absolvierte, entspricht genau dem

persönlichen Stil und seiner Auffassung von Politik, die eines der Erfolgsfaktoren seiner Arbeit darstellt. Und so erlebten die Genossinnen und Genossen, die in den Veranstaltungssaal von Westlotto gekommen waren, eine engagierte Rede. Natürlich spielte die Finanzmarktkrise eine wichtige Rolle – vor allem aber der Anspruch der Sozialdemokratie, dafür zu sorgen, dass nun endlich wieder die Rolle eines aktiven Staates in den Mittelpunkt der politischen Betrachtung rückt. Strässer: „Es geht uns um die Erhaltung des Sozialen in der Marktwirtschaft, u.a. auch um das Durchsetzen von Mindestlöhnen, mit denen alle, die eine Vollzeitstelle haben, davon auch menschenwürdig leben können.“ Die SPD nominierte Strässer mit 96% der abgegebenen Stimmen zum Kandidaten für die Bundestagswahl 2009.



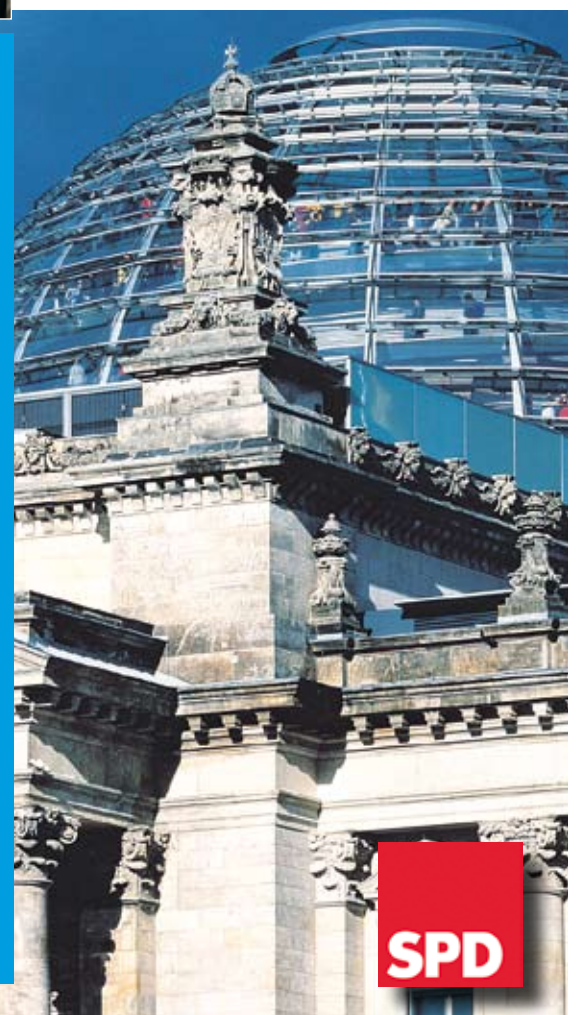
Liebe Leserin, lieber Leser,

der Titel dieser Zeitung weist auf meine Wirkungsstätten hin. Zumeist habe ich in meinem Wahlkreis, also in unserer schönen Stadt Münster zu tun, aber fast ebenso häufig bin ich in Berlin, am Sitz des Bundestages. Ich bin Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im gleichnamigen Ausschuss des Deutschen Bundestages, aber auch Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg. Zu meiner Arbeit gehört auch, dass ich auf Reisen, z.B. nach China oder in den Sudan die Lage der Menschenrechte diskutiere und mich für deren Einhaltung einsetze.

Bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 hat mich die Mehrheit der Münsteraner Bürgerinnen und Bürger als ihren Bundestagsabgeordneten nach Berlin entsandt. Das war und ist Ihr Auftrag an mich, die Interessen unserer Stadt im Parlament zu vertreten. Und es ist Ihr Vertrauensbeweis für die Politik, die ich vertrete und die Art der Politik, für die ich stehe.

Dazu gehört, dass ich Ihnen nicht nur zuhöre, sondern mich auch einsetze, wo ich dies kann. Und es gehört auch dazu, dass ich den Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft darüber ablege über das, was ich als Ihr Abgeordneter getan habe. Dazu dient diese Zeitung.

Ihr
Christoph Strässer



SPD



Es kommt was ins Rollen!
Dank Anschub der SPD

Der Hauptbahnhof bekommt doch Rolltreppen

Die Bahn AG gibt nach, der Bahnhof Münster soll endlich Rolltreppen bekommen. Damit entspricht sie Forderungen, die die SPD schon seit Langem stellt und die von ihr in vielen internen Gesprächen immer wieder mit Nachdruck vorgetragen worden sind. Bislang hatte sich die Bahn AG mit Hinweis auf Platzgründe strikt geweigert, beim geplanten Umbau des Bahnhofs auch die dringend notwendigen Rolltreppen mit zu berücksichtigen.

Die SPD fordert seit Jahren nicht nur den Umbau und die Modernisierung des Bahnhofs Münster, sondern auch den Einbau von Rolltreppen, da anders das hohe Fahrgastaufkommen nicht zu bewältigen sei. „Dass die Bahn AG endlich nachgibt und dem Einbau von Rolltreppen zustimmt zeigt uns, dass sich unsere Hartnäckigkeit und unsere Standhaftigkeit ausgezahlt haben. Wir sind froh, dass unsere Forderungen jetzt nicht nur ernst genommen, sondern auch umgesetzt werden. Es zeigt sich, dass konstruktives Anpacken mehr Wirkung hat als bloßes lautstarkes Polemisieren“, so Christoph Strässer.

Hauptbahnhof Münster- Eine endlose Geschichte findet (hoffentlich) ihr Ende

Christoph Strässer setzte sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich für die Bereitstellung der notwendigen Mittel zum Umbau des Hauptbahnhofes Münster ein. Die Lobbyarbeit für Münsters „Tor zur Stadt“ im Bundesverkehrsministerium hatte Erfolg. Jetzt muss der Hauptbahnhof „nur“ noch umgebaut werden.

Am 8. November 2007 konnte Christoph Strässer endlich verkünden, dass der Bundesverkehrsminister in einem Brief an den Bundestagsabgeordneten mitteilte, dass die Mittel für den Umbau des Hauptbahnhofes Münster bereitgestellt werden. „Ohne intensive politische Lobbyarbeit wäre dieser Beschluss niemals zu Stande gekommen!“ Mit diesen Worten unterstrich Christoph Strässer den Beschluss des Bundestags-Haushaltsausschusses, mit dem das Bundesverkehrsministerium Mittel für die Sanierung und Umbau des Hauptbahnhofes Münster bereitstellen kann. Wie intensiv die von Strässer „und in guter



Zusammenarbeit mit dem Kollegen Polenz“, wie der SPD-Politiker betont, betriebene Lobbyarbeit für Münsters Interessen war, davon zeugt eine Formulierung von Bundesverkehrsminister Tiefensee in einem Brief, den er an Strässer schrieb, und in dem er ihm u.a. mitteilt, dass „die Sanierung der Hauptbahnhöfe als besonderer Einzelfall, bei dem ein außerordentliches Bundesinteresse vorliegt“ zu gelten habe. „Nun ist klar, dass die benötigten Bundesmittel für die Bahnhofsanierung bereitliegen. Jetzt ist es an allen anderen Akteure, sich zu bewegen. Dafür hat sich das Engagement gelohnt“, so Strässer.

Autobahnraststätte Roxel

„Wir konnten uns bei der Einsicht in die Originalverträge der Tank und Rast-Privatisierung aus dem Jahr 1998 davon überzeugen, dass der Bund keine Verpflichtung eingegangen ist, die Raststätten Münsterland zu erweitern.“

Mit diesen Worten resümierte Christoph Strässer einen Termin zur Akteneinsicht im Bundesverkehrsministerium, an dem neben zwei Vertretern der Tank und Rast auch der parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium, Achim Großmann, teilnahm. Aus der Bürgerschaft war wiederholt die Vermutung geäußert worden, dass sich der Bund beim Verkauf der Tank und Rast AG vertraglich gebunden habe, die Rastanlagen Münsterland Ost und West zu erweitern. „Uns lagen alle relevanten Vertragsdokumente in Originalfassung zur Einsicht vor und auf unsere Nachfragen wurde uns von den Tank und Rast-Vertre-

tern umfassend Auskunft erteilt“, so Strässer und: „Nach sorgfältiger Prüfung haben wir keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass der Bund bezüglich der Erweiterung der Rastanlagen Münsterland Ost und West irgendwelche bindenden Verpflichtungen eingegangen ist. Auch eine entsprechende Konzessionsänderung ist nicht vorgesehen. Wir sind erleichtert, diesen Sachverhalt nun abschließend geklärt zu haben“, so Strässer. „Auch in Zukunft werden wir unsere Anstrengungen bündeln, um das geplante Mammutprojekt zu verhindern“, erklärten mit Christoph Strässer auch die münsteraner CDU- und FDP-Kollegen.



Die sozialdemokratische Handschrift in der Großen Koalition

Arbeitslosigkeit sinkt

Sinkende Arbeitslosenzahlen, ein stabiles Wirtschaftswachstum in den vergangenen drei Jahren und die Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, dies ist das Ergebnis unserer konsequenten Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Sozialversicherungsbeiträge sinken

Die Beiträge zur Sozialversicherung konnten in den vergangenen Jahren effektiv gesenkt werden und liegen wieder unter 40 Prozent. Zu Beginn des Jahres 2007 konnten wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung bereits von 6,5 auf 4,2 Prozent senken



Bahnverbindungen von und nach Münster- Die Benachteiligungen müssen beseitigt werden!

Die SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Münsterland und dem Ruhrgebiet, Angelica Schwall-Düren (Coesfeld), Christoph Strässer (Münster) und Rolf Stöckel (Unna) setzen sich für den Ausbau der Bahnstrecke Münster-Lünen ein.

Im Bundesverkehrswegeplan ist der zweigleisige Ausbau der Strecke Münster-Lünen mit geschätzten Investitionskosten von ca. 200 Mio. Euro vorgesehen. Diese Maßnahme steht allerdings in Konkurrenz zu anderen Investitionen in den Schienenverkehr Nordrhein-Westfalens, etwa dem Bau des dritten Gleises zwischen Oberhausen und der niederländischen Grenze und dem Bau des Rhein-Ruhr-Expresses. Allein für diese Maßnahmen müssen ca. 3 Mrd. Euro aufgewandt werden. Im Investitionsrahmenplan des Bundes, der bis 2010 reicht, ist daher die Ausbaustrecke Münster-Lünen nicht vorgesehen. Es gibt dazu auch noch keinerlei Planungsvorlauf bei der DB AG. Das war Anlaß für die vier SPD-Bundestagsabgeordneten Angelica Schwall-Düren, Rolf Stöckel, Christoph Strässer und Dieter Wiefelspütz im Bundesverkehrsministerium mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Achim Großmann ein Gespräch zu suchen.

Die vier Abgeordneten setzen sich dafür ein, diese Strecke auch vorrangig zu behandeln und damit insbesondere den regionalen Verkehr besser fließen zu lassen. Angesichts der knappen Investitionslinie konnte Staatssekretär Großmann eine Realisierung dieser Ausbaustrecke in den nächsten Jahren nicht zusagen.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung machte jedoch den Vorschlag, mit der DB AG nach Lösungen zu suchen, wie man den Verkehr in der Region Münster-Lünen optimieren könnte. Staatssekretär Großmann führte in dieser Angelegenheit Gespräche mit der DB AG und schlug vor, durch einen teilweisen zweigleisigen Ausbau Verspätungen abzubauen zu helfen.

Inzwischen hat die DB Netz AG dem Ministerium einen Vorschlag zukommen lassen, der ausweist, dass durch den zweigleisigen Ausbau im 7,5 km langen Abschnitt Werne-Capelle die Pünktlichkeit im Personenverkehr gesteigert werden kann. Die DB Netz AG ermittelte für diesen Teilabschnitt Kosten in Höhe von ca. 28,9 Mio. Euro.

Die DB Netz AG spricht bei einer möglichen Realisierung dieser Teilstrecke von einer Entspannung der Kreuzung der Regionalbahn untereinander in Capelle und von dem Vorteil, dass eine schlechte Abfahrtspünktlichkeit in Dortmund sich nicht mehr unmittelbar auf den Gegenzug übertragen kann.

Der Parlamentarische Staatssekretär Achim Großmann hat Angelica Schwall-Düren, Rolf Stöckel, Christoph Strässer und Dieter Wiefelspütz über den Lösungsvorschlag der DB Netz AG unterrichtet. „Es wäre ein guter Einstieg, der den regionalen Personenverkehr schon deutlich verbessern würde“, so die erste Einschätzung. „Klar ist, dass auch die deutlich geringere Investitionssumme von zunächst 30 Mio. Euro noch nicht zur Verfügung steht und von uns im Bundeshaushalt erst eingeworben werden muß“, so die vier regionalen Vertreter. Andererseits ist die Realisierung der gesamten zweigleisigen Maßnahme auf absehbare Zeit nicht finanzierbar. Es sei daher der richtige Weg, mit diesem ersten Teilstück zu beginnen und deshalb werde man sich dafür einsetzen, dass die Mittel bereitgestellt würden. „Dem Ministerium ist dafür zu danken, dass es sehr ergebnisorientiert Lösungsideen entwickelt und mit der Bahn einen interessanten Vorschlag unterbreitet hat. Jetzt kommt es darauf an, die Mittel für die Umsetzung dieses ersten Teilstücks einzuwerben.“

Fraktion vor Ort

Christoph Strässer und die SPD-Bundestagsfraktion stellen sich der Diskussion

„Fraktion vor Ort“ so lautet der Titel einer Veranstaltungsreihe der SPD-Bundestagsfraktion, die mehrfach im Jahr auch in Münster durchgeführt wird. Christoph Strässer stellt sich, gemeinsam mit einer Fachpolitikerin oder einem Fachpolitiker aus der SPD-Bundestagsfraktion, den Fragen der Bürgerinnen und Bürger.

Im September beispielsweise haben Christoph Strässer und die stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Rechtspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Christine Lambrecht (Foto unten links), auf einer gut besuchten Veranstaltung in Münster über das neue Unterhaltsrecht informiert.

„Das neue Recht sollte vor allem längst vorhandenen Lebensrealitäten Rechnung tragen: Die Menschen leben auch mit Kindern in sehr unterschiedlichen Lebensformen“, so Christine Lambrecht in ihrem Referat. Vor allem die Gleichstellung von Kindern, unabhängig davon, ob sie in einer traditionellen Familienform aufwachsen, bei einem ihrer Eltern aufgrund von Scheidung oder als Kind einer alleinerziehenden Frau oder eines alleinerziehenden Mannes leben, war ein zentrales Ziel der Neuregelung des Unterhaltsrecht. Mit dem neuen Recht ist dies nun umgesetzt.



und auch im kommenden Jahr werden die Beiträge noch einmal gesenkt, wobei wir darauf achten, dass die Leistungsfähigkeit der Bundesanstalt für Arbeit auch in Zukunft nicht beeinträchtigt wird.

Erste Mindestlöhne

Weil immer noch zuviele Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung nicht von ihrem Lohn leben können, gibt es überall dort Bedarf nach einem gesetzlich verankerten Mindestlohn, in dem die Tarifpartner diesen nicht aushandeln können. Und deswegen werden wir weiter dafür kämpfen. Die Union will dies verhindern, deshalb wird es noch ein steiniger Weg bis zur Umsetzung eines flächendeckenden Mindestlohns. Wir setzen uns aber weiterhin dafür ein, dass die Menschen nicht nur Arbeit, sondern auch gute Arbeit haben, zu Löhnen, von denen sie leben können. Einstweilen haben wir mit dem Entsendegesetz in immer mehr Branchen Mindestlöhne eingeführt.



Die Gewerbesteuer bleibt erhalten

Vor der Bundestagswahl wollte die CDU/CSU die Gewerbesteuer abschaffen. Im Zuge der Unternehmenssteuerreform konnten wir erreichen, dass die Gewerbesteuer nicht nur erhalten bleibt, sondern, dass sich die Einnahmesituation der Kommunen weiter verbessern wird.

Starke Schultern müssen mehr tragen

Wir haben die so genannte „Reichensteuer“ durchgesetzt, damit sich Spitzenverdiener

Lesen Sie weiter auf den folgenden Seiten

„Menschenrechte in allen Politikfeldern beachten“

Christoph Strässers Arbeit im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zielt auf den Schutz und die Förderung der Menschenrechte sowohl in den auswärtigen Beziehungen als auch im innerstaatlichen Bereich. Menschenrechtspolitik ist eine politische Querschnittsaufgabe, welche in allen Politikbereichen angesprochen gehört und welche ein umfassendes Engagement erfordert.

Im koalitionsinternen Streit um die Ausgestaltung und Richtung der deutschen Menschenrechtspolitik hat der SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier die Richtung vorgegeben: Menschenrechtspolitik braucht Entschiedenheit, langen Atem und Klarheit und sie darf nicht als Schaufensterpolitik missbraucht werden.

Im 60. Jahr der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist die Verwirklichung der Menschenrechte noch immer eine große Herausforderung. Dieser wichtigen Aufgabe stellt sich die SPD auch weiterhin mit großer Aufmerksamkeit und intensivem Einsatz.

Human Rights Mainstreaming, die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechte in allen Politikfeldern, heißt das Zauberwort für eine klare Menschenrechtspolitik. Wir setzen uns unter anderem für die Verankerung der Menschenrechte in sämtlichen europäischen Politikfeldern, die Einhaltung von Menschenrechtsklauseln in Assoziierungsverträgen, die Entsendung von Menschenrechtsbeobachtern in EU-Missionen (aktuell zum Beispiel nach Georgien) sowie die strikte Orientierung der EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik an der Genfer Flüchtlingskonvention ein.

„Verdoppelung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe“

In den vergangenen drei Jahren konnten die Haushaltsmittel für humanitäre Hilfeleistungen, humanitäres Minenräumen und die Demokratisierungshilfe kontinuierlich gesteigert werden. Die Mittel zur Krisenprävention steigen im kommenden Jahr sogar um 30%. Der Haushaltsplan für das Jahr 2009 sieht für den Bereich der Entwicklungshilfe mit 5,7 Milliarden Euro eine Steigerung von über 12 Prozent vor. In zehn Jahren, in denen die SPD

das zuständige Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung koordiniert, konnten die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe fast verdoppelt werden.

Im Koalitionsvertrag hatten wir bereits einen verstärkten Einsatz bei der Kontrolle von kleinen und leichten Kriegswaffen festgehalten. Mit einem Antrag zur VN-Überprüfungskonferenz konnte



dieses Engagement unterstützt werden. Ein weiteres Feld menschenrechtspolitischer Aktivitäten war und ist das Engagement gegen den Einsatz, die Verbreitung und den Verkauf von Streumunition.

„Endlich Verbot von Streumunition“

Im Mai 2008 ist es gelungen, im Rahmen des Oslo-Prozesses ein Verbot solcher Waffen zu vereinbaren. 109 Staaten, darunter auch Deutschland, haben diese Konvention unterzeichnet.

Das Zusatzprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe war Gegenstand langer Auseinandersetzungen zwischen dem Bund und den Ländern. Nun endlich konnte im Bundestag ein Gesetzentwurf einstimmig verabschiedet werden, welcher den Weg für die Ratifizierung des Abkommens frei macht und damit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Folter und Misshandlung leistet. Nunmehr können auch in Deutschland Mechanismen etabliert werden, die die Einhaltung des Übereinkommens gegen Folter effektiv überwachen.

„Wahrung der Meinungs- und Pressefreiheit“

Obwohl zahlreiche internationale Abkommen und Verträge das Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit festhalten und dieses für die unterzeichnenden Staaten als verbindlich erklären, hinkt die praktische Umsetzung dieser Rechte in einigen Staaten dieser Welt weit hinter den vertraglichen Bekenntnissen hinterher. Journalisten und Medienvertreter werden bedroht, verfolgt, getötet. Aber auch Bürger, die ihre politischen und persönlichen Ansichten in so genannten Blogs (Internet-Tagebüchern) veröffentlichen, sind Repressalien ausgesetzt. Rund einem Drittel der Weltbevölkerung, also 2 Milliarden Menschen, wird der ungehinderte Zugang zu Informationen und das Recht auf freie Meinungsäußerung verwehrt.

Weitere Informationen erhalten Sie hier: www.spdfraktion.de



Die sozialdemokratische Handschrift in der Großen Koalition

Fortsetzung von Seite 2:

wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher und gesellschaftlicher Aufgaben beteiligen. Wir konnten damit unsere Forderung aus dem Wahlprogramm in der Koalition durchsetzen.

Neues Unternehmenssteuerrecht

Zum 1. Januar 2008 trat in Deutschland ein neues Unternehmenssteuerrecht in Kraft. Mit diesem sollen Unternehmen dazu animiert werden, Gewinne nicht länger ins Ausland zu transferieren, sondern in Deutschland zu investieren.

Unterstützung für Familien

Auf unsere Initiative hin hat die Große Koalition das Elterngeld eingeführt. Mit dem Elterngeld schaffen wir die Rahmenbedingungen dafür, dass sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren und verbinden lassen. Durch die Einführung der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten konnten wir neue Anreize für Beschäfti-

„Sudan nicht aus den Augen verlieren“

Neben Reisen in den Kongo und Ruanda reiste Christoph Strässer im Juni bereits zum dritten Mal seit 2003 in den Sudan, um die Entwicklung in der Region Darfur und den Fortgang des Friedensprozesses zu erörtern. Leider ließen die Gespräche und Besuche in der Konfliktregion im Westen des Landes erkennen, dass die humanitäre Lage der Menschen weiterhin katastrophal ist. Aufgrund der schwierigen Sicherheitslage ist die Arbeit der Hilfsorganisationen massiv gefährdet, einige Organisationen haben Teile des Landes bereits verlassen müssen. Die Lage in Darfur bleibt äußerst angespannt. Anhaltende Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Rebellen belasten die oh-

nehin prekäre Situation der Zivilbevölkerung in Darfur und im Grenzgebiet zum benachbarten Tschad. Eine politische Lösung des Darfur-Konflikts steht aus. Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs hat im Juli 2008 Haftbefehl gegen den sudanesischen Staatspräsidenten Omar al-Bashir wegen Völkermordes beantragt. Der gemeinsam von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten Friedensmission UNAMID kommt weiterhin die zentrale Rolle zu, das menschliche Leid zu mindern und eine politische Lösung des Konflikts zu unterstützen. Der Sudan bleibt auf die Hilfe der internationalen Gemeinschaft angewiesen.

„UNICEF leistet in Münster hervorragende Arbeit“

Nach dem Spendenskandal: Christoph Strässer rief zu Spenden für UNICEF auf und unterstützt die ehrenamtliche Arbeit der Münsteraner UNICEF-Gruppe.

Mir ist wichtig zu betonen, dass die ehrenamtlich aktiven Mitglieder hier in Münster eine hervorragende Arbeit leisten“, erklärte der münstersche SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Strässer nach einem Gespräch mit Edith Moldrickx und Margret Wiese von der münsteraner UNICEF-Gruppe. Der nach der Entlassung

des früheren UNICEF-Geschäftsführers und der Neuwahl des Vorstandes begonnene Neuanfang „verdient jedes Vertrauen“, so Strässer. „In der Diskussion um die Praktiken des früheren Geschäftsführers drohte die große Leistung und das außerordentliche Engagement der Ehrenamtlichen vor Ort unterzugehen“, erklärte Strässer. Der Abgeordnete, der Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion ist, würdigte besonders die Hilfe, die UNICEF mit einem Projekt für Kinder im immer noch hilfebedürftigen ehemaligen Burma, dem heutigen Myanmar, leistet. Mit dem Projekt „Zurück in die Schule“ werden Notschulen errichtet. Strässer rief die Bürgerinnen und Bürger von Münster auf, für dieses Projekt von UNICEF zu spenden. „Ihr Geld kommt garantiert an und hilft den Kindern in Burma“, so Strässer und fügte hinzu: „Wahrscheinlich wird derzeit kein anderes Hilfswerk so kontrolliert wie UNICEF“.



Foto: Christoph Strässer bei der Spendenaktion „24 Stunden Radfahrt“ rund um die Promenade.

gung in privaten Haushalten schaffen und unterstützen gezielt Familien mit erhöhtem Betreuungsaufwand. Darüber hinaus wird die Erhöhung des Kindergeldes Familien ab dem kommenden Jahr zusätzlich entlasten.

Rechtsanspruch auf Kita-Platz ab dem 1. Lebensjahr

Obwohl sich die Union gegen einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr ausgesprochen hatte, konnten wir unser Konzept durchsetzen. Mit dem Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Eltern einen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen und dass die Gelder, die der Bund den Länder zur Verfügung stellt, auch dem Ausbau der Krippen und Kitas zugute kommt. Der Bund wird sich auch an den Betriebskosten beteiligen.

Investitionen in Forschung und Entwicklung

In dieser Legislaturperiode stehen 6 Milliarden Euro zusätzlich für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Verfügung. Wir leisten mit diesem Programm einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung

Lesen Sie weiter auf den folgenden Seiten

STANDPUNKT

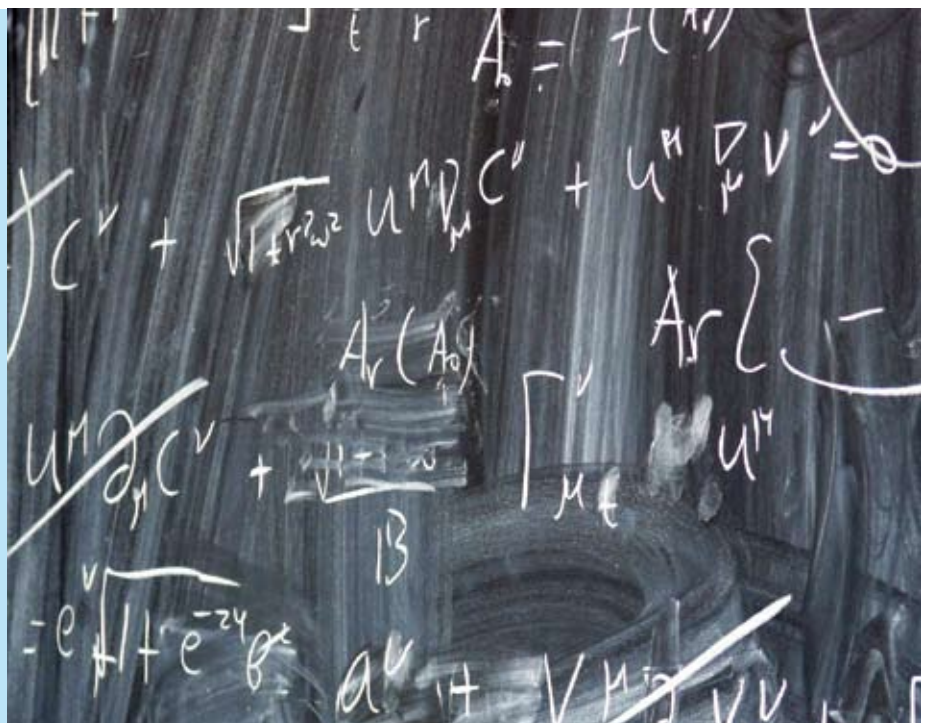
Menschenrechtspolitik ist nicht nur im Ausland wichtig

Es wird immer schwieriger mit der CDU/CSU eine wirksame Menschenrechtspolitik zu gestalten.

Die SPD tritt für ein konsequentes Human Rights Mainstreaming ein. Dies bedeutet, dass sie die Menschenrechte in sämtlichen Politikfeldern umsetzen will – seien sie international oder auf Deutschland ausgerichtet.

Die Union dagegen kreist thematisch fast ausschließlich um China, Russland, Kuba und die Lage von Christen in der Welt. Darüber hinaus hat sie sich zum Ziel gesetzt, der Türkei den Weg in die EU zu versperren und erweckt den Eindruck, als ob der Beitritt der Türkei in die EU kurz bevorstehe und das christliche Abendland bedroht sei. Differenzierte Positionen, wie sie die SPD-Bundestagsfraktion immer vertreten hat, auch gegenüber diesen Ländern, sind bei der Union nicht gefragt. Es gibt bei ihr zu viele Glaubwürdigkeitslücken und blinde Flecken.

Keinerlei Gemeinsamkeiten in der Koalition gibt es zu menschenrechtlich relevanten Themen der Innenpolitik, obwohl diese ausdrücklich zum Aufgabengebiet des Menschenrechtsausschusses gehören. Ob es beispielsweise um einen humanen Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland geht, ein an der Genfer Flüchtlingskonvention orientiertes EU-Asylsystem, ein zeitlich angemessenes Rückkehrrecht von zwangsverheirateten Frauen oder die Rücknahme der Erklärung zur UN-Kinderrechtskonvention – die Abwehr der Union gegen solche Themen ist konsequent. Ihre Menschenrechtspolitik ist fast ausschließlich auf das Ausland ausgerichtet.



STANDPUNKT

Rente mit 67 Jahren

Ohne Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten Älterer muss 2009 die Anhebung der Altersgrenze gestoppt werden.

Nach langer, gründlicher Überlegung hat Christoph Strässer trotz grundlegender Bedenken bei der namentlichen Abstimmung der „Rente ab 67“ zugestimmt, nachdem er mit anderen Kolleginnen und Kollegen bei einer entsprechenden Abstimmung in der SPD-Bundestagsfraktion deutlich unterlegen war. Seine Zustimmung sieht Strässer durch die zusätzlichen Überlegungen und Maßnahmen, die durch die Entscheidung der SPD-Bundestagsfraktion vom 6. März 2007 beschlossen wurden, als gerechtfertigt an. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um folgende Grundgedanken: Ohne eine klar erkennbare Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten Älterer muss im Jahr 2009 die Anhebung der Altersgrenze gestoppt werden.

Die Arbeitsbedingungen und die gesundheitschonende Gestaltung der Arbeitsplätze sind gezielt voranzutreiben. Die Übergänge in den Ruhestand ab dem 55. Lebensjahr sind weiterhin flexibel zu gestalten, ein gleitender Übergang muss möglich bleiben. Ein zumindest anteiliger Rentenbezug ab dem 60. Lebensjahr muss möglich sein, für Versicherte mit 35 Beschäftigungsjahren muss es wie gegenwärtig möglich sein, mit 63 in Altersrente zu gehen. Die Teilrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bei gleitenden Altersübergangsmo-
dellen muss attraktiver gestaltet werden. Dazu zählen auch verbesserte Zuverdienstmöglichkeiten sowie weitere Möglichkeiten zur Aufstockung des Rentenversicherungsbeitrages.

Familien stärken: Das Kinderförderungsgesetz gibt es dank der SPD

Das Kinderförderungsgesetz, welches in diesem September im Bundestag verabschiedet werden konnte, ist ein wichtiger Beitrag zur Verwirklichung einer familienfreundlichen Politik. Mit dem Gesetz wird ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag eingeführt.

Eine Familie zu gründen und Kinder zu bekommen ist und bleibt für die meisten Menschen in Deutschland die entscheidende Grundlage für Lebenszufriedenheit. Dennoch haben wir heute eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt. Ein Land ohne Kinder aber ist in jeder Hinsicht ein Land ohne Zukunft - sozial, wirtschaftlich und kulturell.

Daher machen wir uns stark für eine Politik, die die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit erhöht und es jungen Familien erleichtert, ihre Kinder optimal betreuen zu lassen und zugleich ihre eigenen beruflichen Wünsche und Ziele zu verwirklichen.

Das Kinderförderungsgesetz, welches in diesem September im Bundestag verabschiedet werden konnte, ist ein wichtiger Beitrag zur Verwirklichung dieser Politik. Mit dem Gesetz wird ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag eingeführt.

Allerdings ist nicht nur die Anzahl der zur Verfügung stehenden Betreuungsplätze ein Kriterium erfolgreicher Familien- und Bildungspolitik. Damit Kinder frühzeitig optimal gefördert werden können, muss auch die Qualität der Betreuungseinrichtungen stimmen. Daher soll die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher verbessert werden, zum Beispiel durch die Förderung der Fachhochschulausbildung für betreuende Berufe. Auch das Qualifizierungsangebot im Bereich Spracherwerb soll deutlich vorangetrieben und ausgebaut werden, um Kindern mit

Migrationshintergrund das frühe und optimale Lernen der deutschen Sprache zu ermöglichen.

Gute Bildung und Betreuung braucht aber auch eine solide und langfristige Finanzierung. Der Bund wird sich dauerhaft an der Finanzierung der Betriebskosten beteiligen. So wird gewährleistet, dass Kommunen und Länder den Ausbau der Kindertagesbetreuung auch finanziell bewältigen können.

Das Kinderförderungsgesetz bedeutet allerdings nicht die Einführung eines Betreuungsgeldes. Das von der Unionsfraktion vorgeschlagene Betreuungsgeld wäre ein Anreiz dafür, dass ein Elternteil für die Kindererziehung auf Erwerbstätigkeit verzichtet. Wegen des geringeren Einkommens würden vorrangig Frauen ihren Beruf zeitweilig aufgeben. Dies wäre ein Rückschritt in der Gleichstellung von Mann und Frau. Auch bildungspolitisch wäre das Betreuungsgeld ein falsches Signal.

Studien haben gezeigt, dass gerade der frühzeitige Besuch einer Kindertageseinrichtung ein wertvoller Bestandteil der späteren Bildungsbiografie ist.

Das Kinderförderungsgesetz ist ein wichtiger Beitrag zu einer modernen Familienpolitik. Es ermöglicht Eltern, private und berufliche Wünsche und Ziele besser zu vereinbaren und fördert zugleich den optimalen Start in die Bildungskarriere aller Kinder.



Die sozialdemokratische Handschrift in der Großen Koalition

Fortsetzung von Seite 5:

des 3-Prozent-Investitionsziels, das die europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 vereinbart haben. Bis 2010 soll der Anteil von Geldern für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt auf 3 Prozent wachsen. Auch Länder und Wirtschaft sind weiterhin aufgefordert, ihren Anteil beizutragen.

Moderne Umweltpolitik

Wir haben die Umweltpolitik auf eine neue Grundlage gestellt, die Umwelt, Innovation und Beschäftigung nicht mehr als Gegensatz, sondern als Einheit begreift. Das 8-Punkte-Programm der Bundesregierung hat die Messlatte klar definiert: im Zentrum aller Anstrengungen steht die massive Senkung des Energieverbrauchs, der Neubau effizienter Kraftwerke und der drastische Ausbau erneuerbarer Energien. Ganz besonders wichtig für uns: Es bleibt beim Ausstieg aus der Atomenergie.



Chancengleichheit für alle: mehr BAföG, keine Studiengebühren!

Rund 820.000 Studierende und Schülerinnen und Schüler werden ab diesem Wintersemester deutlich mehr BAföG erhalten. Zudem werden die Elternfreibeträge erhöht und der Betreuungszuschlag für Studierende mit Kindern neu geregelt.

Dies ist ein großer bildungspolitischer Erfolg der SPD und eine große Entlastung für die Studierenden. Denn in der Vergangenheit hat die Union, und im Besonderen deren Bildungsministerin Schavan, keinen Hehl daraus gemacht, dass sie die finanzielle Förderung durch ein Studienkreditsystem ablösen möchte.

Der Erhalt des BAföGs und die Aufstockung der Unterstützungsleistungen sind ein wichtiger Durchbruch für die Chancengleichheit im Bildungssystem. Die soziale Herkunft entscheidet noch immer maßgeblich über die Bildungschancen. Während von 100 Akademikerkindern 83 studieren, gelingt dies von 100 Nicht-Akademikerfamilien nur 23. Nach

wie vor haben Jugendliche aus sozial schwachen oder bildungsfernen Milieus deutlich geringere Chancen, eine schulische und akademische Ausbildung erfolgreich zu absolvieren.

Die SPD lehnt Studiengebühren weiter ab. Studiengebühren sind ein sozial- und bildungspolitischer Irrweg und darüber hinaus höchst selektiv. Um den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, brauchen wir freien und

gleichen Zugang zu jeder Stufe des Bildungssystems. Wir dürfen die offensichtlichen Chancen und Potentiale junger Menschen nicht vernachlässigen. Die Investitionen von heute werden sich bald als notwendig und richtig erweisen, um den aufkommenden Herausforderungen in einer technologisierten und globalisierten Welt zu begegnen.

Gut ausgebildete Akademiker, Ingenieure und Forscher, aber auch Handwerker und Techniker sind eine wichtige Basis für den Standort Deutschland. Es ist wichtig, Sorge dafür zu tragen, dass den Betrieben und Unternehmen hier bei uns gut ausgebildete, junge Menschen zur Verfügung stehen. Zukunftsorientierung, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sind

die Stichwörter der sozialdemokratischen Bildungspolitik. Für uns erschöpft sich Bildungspolitik eben nicht in Begabtenförderung, Wettbewerben und Kreditoptionen. Aus der individuellen Förderung und Unterstützung durch das BAföG erwachsen wesentliche Beiträge zur gesamtgesellschaftlichen Integration und für den Standort Deutschland. Mehr BAföG bedeutet mehr Zukunft für viele junge Menschen in Deutschland.



Internationale Verantwortung

In der Kontinuität deutscher Außen- und Entwicklungspolitik lassen wir uns von den Werten und Interessen unseres Landes leiten.

Die SPD nimmt die Herausforderungen der internationalen Politik an. Der Vorrang diplomatischer und anderer ziviler Mittel bei der Bewältigung von Krisen, verantwortliche Beiträge im Rahmen der Vereinten Nationen und der Regeln des Völkerrechts kennzeichnen unsere Außenpolitik, die Deutschland viel Vertrauen in der Welt eingetragen hat. Verantwortung zu tragen, heißt manches Mal aber auch, einen schwierigeren Weg einzuschlagen.

Ein aktuelles Beispiel ist der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Der Einsatz der Soldatinnen und Soldaten ist notwendig, um den Wiederaufbau und die Stabilisierung Afghanistans zu gewährleisten. Wir leisten damit ei-

nen wichtigen Beitrag für die Arbeit zahlreicher Hilfsorganisationen, aber auch für die afghanische Bevölkerung selbst.

Angesichts der aktuellen Entwicklung bleibt es eine der wichtigsten Herausforderungen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Bundeswehr so schnell wie möglich aus dem Land abzuführen.

Unsere Außen- und Sicherheitspolitik leistet einen unerlässlichen Beitrag dazu, dass Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit und unter Achtung der universalen Menschenrechte führen können.

Weitere Informationen erhalten Sie hier:
www.spdfraktion.de

ROTER SALON

„Roter Salon“ lautet der Titel einer Veranstaltungsreihe, die zur Diskussion von Themen jenseits von Parteiliniendient. Christoph Strässer und die beiden SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Anna Boos und Svenja Schulze laden dazu mehrmals im Jahr ein. Immer an einem Sonntagmittag in angenehmen Rahmen wird mit einem Gast diskutiert.

Zu Gast waren beispielsweise schon Prof. Dr. Heiner Bielefeldt, der Direktor des Deutschen Institut für Menschenrechte; Kerstin Müller, die ehemalige Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag; Angelica Schwall-Düren, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

Die diskutierten Themen waren u.a. „Unsere Sicht auf Afrika“, „Gentechnik in Lebensmitteln“, „Patientenverfügung“ u.v.m.

Wenn Sie zu den nächsten Veranstaltungen eingeladen werden wollen, dann schreiben Sie uns einfach eine Mail an das Wahlkreisbüro von Christoph Strässer oder rufen Sie an:

christoph.straesser@wk.bundestag.de
Tel.: (02 51) 77 090



Mehr als 12.000 Besucher in der Deportationsausstellung im Hauptbahnhof Münster

Christoph Strässer vermittelte erfolgreich den Hauptbahnhof Münster als Standort der Wanderausstellung zur Deportation jüdischer Mitbürger in die Vernichtungslager. Die SPD Münster leistete wichtige Beiträge zum Gelingen.

Als die Ausstellung „Sonderzüge in den Tod“ nach vier Wochen am 16. Juni 2008 abgebaut wurde, haben sie 13.000 Menschen gesehen. Das ist eine enorme Zahl und ein großer Erfolg. Übertroffen wird dieser Erfolg, wenn man in diesem Kontext überhaupt davon sprechen darf, von der Tatsache, dass mehr als 120 Schulklassen und ihre Lehrerinnen und Lehrer das Angebot nutzten, sich sachkundig durch die Ausstellung führen zu lassen. Als besonders interessant und zugleich bedrückend hat sich der Teil der Ausstellung erwiesen, der von der Ausstellungsinitiative zur regionalen Geschichte der Deportation von Juden aus dem Münsterland erarbeitet worden ist. Wenn schon die Tatsache der Deportation eine Ungeheuerlichkeit darstellt, dann berührt das Wissen, dass es auch Frauen, Männer und Kinder jüdischen Glaubens aus dem nahen und regionalen Umfeld waren, die von Deutschen Mitbürgern erst entrechtet und dann mit Hilfe eines funktionierenden Systems der Deutschen Reichsbahn in den Tod transportiert wurden, um so mehr. Sich diese Tatsache vor Augen zu führen und niemals zu vergessen, ist auch eine politische Aufgabe, für die sich die Sozialdemokratie ganz besonders eingesetzt hat und weiter einsetzt.

Im Fall der Deportationsausstellung ging der erste Impuls, sie in den Hauptbahnhof von Münster zu holen, von Christoph Strässer und der Münsteraner SPD-Vorsitzenden und Landtagsabgeordneten, Svenja Schulze aus. Nachdem eine von beiden gewollte und mit initiierte überparteiliche

Initiative einmal gegründet und sicher war, dass die Ausstellung der Deutschen Bahn AG auch tatsächlich in Münster Station machen würde, waren es neben Christoph Strässer und Svenja Schulze noch andere SPD-Politikerinnen und Politiker in Münster, die den Großteil der Finanzierung organisiert haben. Thomas Fastermann, Vorsitzender des SPD Münster Süd programmierte die Homepage der Ausstellung. Während der Ausstellung haben zusätzlich Juso-Mitglieder aus Münster, geschult durch die Mitarbeiter des Geschichts-ortes „Villa ten Hompel“, durch die Ausstellung geführt.



Foto: Während der Ausstellung zur regionalen Geschichte der Deportation im Hauptbahnhof Münster: Die Holocaust-Überlebende Ohl sieht den Namen einer Verwandten auf der Deportationsliste.

Weitere Informationen:
www.muenster.de/stadt/villa-ten-hompel/



Täglich neue Informationen zu meiner politischen Arbeit finden Sie auf meiner Homepage:

www.christoph-straesser.de

Bürgersprechstunden

Christoph Strässer bietet regelmäßig Bürgersprechstunden an. Kontakt und Terminabsprachen sind über das Wahlkreisbüro möglich:

Christoph Strässer MdB
Münzstraße 15
48143 Münster
Tel (02 51) 77 090

Impressum

Hrsg: Christoph Strässer MdB,
Münzstraße 15, 48143 Münster
Redaktion: Andrea Arcais V.i.S.d.P.
Texte: Andrea Arcais, Claudia Baum, Frank Meerkamp, Torsten Rademacher, Christoph Strässer. Fotos: Andrea Arcais, Fotalia, Jürgen Tepperhowe
Gestaltung, Layout: Andrea Arcais
Druck: Aschendorff, Münster
Auflage: 98.000 Exemplare

Der Katalog zur Deportationsausstellung in Münster



Andreas Determann,
Matthias M. Ester,
Christoph Spieker

Die Deportationen aus dem Münsterland

Katalog zur Ausstellung im Gepäck-tunnel des Hauptbahnhofs Münster vom 18. Mai bis 15. Juni 2008

Herausgegeben im Auftrag des Initiativkreises Deportationsausstellung Münster Münster 2008.

194 Seiten, mit farbigen Abbildungen.
Preis: 15,00 Euro. Zu bestellen bei der Villa ten Hompel (tenhomp@stadt-muenster.de).
Auch im Buchhandel erhältlich.



Im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern, Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden, Studierenden, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft. Mehr als 3.000 Menschen haben sich in dieser Legislaturperiode über die Arbeit von Christoph Strässer in Berlin informiert. Zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion lädt Münsters Bundestagsabgeordneter auch zu Veranstaltungen wie der Betriebsrätekonferenz, dem Jugendpresstetag, zu Jugend und Parlament, dem Tag der Aktiven Älteren, dem Girls Day nach Berlin ein. Auch für ein Stipendium für ein Austauschjahr in den USA kann man sich bewerben.